Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1922

20.12.1922 (No. 297)

Visual Library

№ 297 Mittwoch, den 20. Dezember 1922 165. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkont Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Dezember 550 ℳ — Einzelnummer 20 ℳ — Anzeigengebühr: 18 ℳ für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Klarheit über die amerikanischen Pläne.

Das Bild dessen, was man in Amerika beabsichtigt, läßt sich heute schärfer zeichnen, als das noch gestern der Fall war. Die Mißverständnisse sind daraus entstanden, daß man außerhalb Amerikas den Hauptnachdruck auf die Anleihefrage legte und dabei die Voraussetzungen übersah, die erst erfüllt werden müssen, bevor es zu einer solchen Anleihe kommen kann. Und so beziehen sich denn auch die amerikanischen Dementis nicht etwa auf die Aktion als solche, sondern lediglich auf die Anleihefrage.

Der Sinn dieser Dementis und Darstellungen ist folgender: Amerika ist bereit, Deutschland eine Anleihe zu bewilligen, wenn erstens die Reparationssumme endgültig herabgesetzt wird, wenn zweitens die deutsche Mark eine Stabilisierung erfährt, wenn drittens Frankreich auf seine Vorrechte wirtschaftlicher und finanzieller Natur, wie sie sich aus dem Friedensvertrag von Versailles ergeben, zugunsten einer Generalhypothek verzichtet, die in erster Linie Amerika für seine Anleihe zu überlassen wäre, und viertens, wenn Frankreich seine bisherige Politik der Sanktionen ein für allemal verabschiedet und gleichzeitig auch in der Frage der Abrüstung Entgegenkommen bezeigt.

Das sind natürlich etwas viel Bedingungen auf einmal. Und da man in Amerika ganz genau weiß, daß noch viel Wasser den Berg herunterlaufen wird, bis Frankreich zu einer Einwilligung in diese Forderungen bereit ist, warnt man vor zu großem Optimismus. Und der Stand des Dollars zeigt uns auch bereits, daß die kurze Periode der Hoffnungsseligkeit, wie sie Ende voriger Woche zu beobachten war, bereits überwunden ist.

Andererseits ist nicht zu leugnen, daß durch die amerikanischen Pläne der französische Stier nun endlich einmal bei den Hörnern gepackt worden ist. Daß die Bedingungen, die Amerika für eine Anleihe stellt, im wesentlichen berechtigt sind, wird kein vernünftiger Politiker verkennen wollen. Und wenn etwas diese Berechtigung noch nachträglich erweist, so ist es der heftige Widerstand, den die führende Pariser Presse jenen Plänen entgegensetzt. Mit Frankreich also wird Amerika vor allem zu verhandeln haben, und von Frankreich wird es abhängen, ob jene Anleihe, zu der amerikanische Bankiers unter der Führung von Morgan grundsätzlich bereit sind, zustande kommt.

Die Frage, wie es Amerika praktisch anstellen wird, um Frankreich zu einem Einlenken zu bewegen, ist allerdings heute noch nicht zu beantworten. Einen bestimmten Druck will Amerika offenbar noch nicht ausüben. Es hofft vielmehr, durch vernünftige Verhandlungen es dahin zu bringen, daß jene Voraussetzungen, die wir oben aufzählten, erfüllt werden. Abgesehen von der Frage der Generalhypothek, werden sicherlich England und Italien der amerikanischen Regierung bei der Vertretung ihrer Vorschläge Sekundantendienste leisten.

Wenn die Pariser Presse die Stimmung in den leitenden Kreisen richtig wiedergibt, und wenn man sich ferner der letzten Äußerungen Poincarés erinnert, so wird man allerdings schon heute an einem Erfolg dieser Verhandlungen verzweifeln müssen. Bisher hat sich der französische Nationalismus durch eine Politik der Glacéhandschuhe wenig imponieren lassen. Erst dann, wenn Frankreich eingesehen haben wird, daß das Risiko seiner Reparationspolitik effektiv größer ist, als der mutmaßliche Gewinn, erst dann wird es mit sich reden lassen. Sollten England und Amerika fest entschlossen sein, schon in der allernächsten Zeit Frankreich von der Gefährlichkeit seiner Politik zu überzeugen, so würde sich für das kommende Jahr manches erhoffen lassen, was im Augenblick noch außerhalb einer jeden Berechnung liegt.

Daß die Zeit drängt, hat man, wie aus verschiedenen Reden führender englischer und amerikanischer Staatsmänner hervorgeht, in diesen Ländern vollkommen begriffen. Lord Birkenhead hat dieser Tage sogar ganz offen erklärt, daß das wirtschaftliche Gedeihen Englands mit dem Deutschlands aufs engste verknüpft sei, und daß England unter den Folgen einer mitteleuropäischen Wirtschaftskatastrophe mit am meisten zu leiden hätte.

Es sind also zwei Momente, die heute ganz klar die englische Politik bestimmen: das eine Moment ist politischer Natur und betrifft die offensichtlichen Bestrebungen Frankreichs, den gesamten Kontinent unter seine Herrschaft zu bringen; das andere Moment ist wirtschaftlicher Natur und wird neben manchen anderen Tatsachen durch die immer noch steigende Zahl der englischen Arbeitslosen deutlich genug gekennzeichnet. Die Vermutung liegt nahe, daß das Eingreifen Amerikas zum Teil von England unmittelbar veranlaßt worden ist, um endlich einmal aus der Sackgasse, in die man durch die französische Politik hineingeraten ist, herauszukommen.

Die Kohlenanleihe des Badenwerks.

Im Folgenden drucken wir eine längere Darlegung ab, die uns vom badischen **Arbeitsminister Dr. Engler** zugegangen ist, d. h. von dem Chef des Ministeriums, welches **ressortmäßig** die Angelegenheit des Badenwerkes und auch diese Angelegenheit bearbeitet hat und auf dessen **Initiative im Frühjahr 1921** die **Neuorganisation** der Badischen Landes-Elektrizitätsversorgung zurückzuführen ist:

„In der letzten Woche hat der **Badische Landtag** einer **Vorlage** zugestimmt, in welcher er die **Bürgschaft** für eine **neue Art von Anleihe des Badenwerks** übernimmt. Der badische Staat besitzt bekanntlich **alle** Aktien des **Badenwerks**, es handelt sich also dabei eigentlich um einen **Staatsbetrieb**, der nur, um ihm die notwendige Beweglichkeit im Wirtschaftsleben zu geben, in die Form einer Aktiengesellschaft gekleidet ist. **Das Badenwerk beabsichtigt, in Baden die Wasserkräfte in einem Umfang auszunützen, bei dem nicht nur der badische Energiebedarf, sondern auch der teilweise Bedarf der angrenzenden Länder gedeckt werden kann.** Im Bau befindet sich gegenwärtig die zweite Ausbaustufe des **Murgwerks**, für eine jährliche Leistung von 45 000 Kwst.; als nächstes soll das **größte badische Werk**, der **Schluchsee**, an die Reihe kommen. Große Kosten erfordern auch die Leitungen, welche die **Kraftwerke vom Oberrhein und Schwarzwald** mit **Mannheim** und den **Nachbarländern** verbinden sollen.

Um diesen Geldbedarf zu decken, hat das Badenwerk im Jahre 1921 und im Frühjahr 1922 Obligationsanleihen mit großem Erfolg aufgelegt. Dieser Erfolg ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß die **badischen Wasserkräfte die besten**, noch nutzbar zu machenden Wasserkräfte darstellen. **Baden** verfügt noch über einen **solchen Wasserreichtum am Oberrhein** und im **Schwarzwald**, der es ermöglicht, bei **voller Ausnützung jährlich etwa 3 Milliarden Kilowattstunden Energie zu gewinnen.** Das Geld, welches auf die bisher aufgelegten Obligationen gezeichnet wurde, reicht bei dem Sinken des Geldwertes nicht aus, um auch nur einen kleinen Teil dieser Werke auszuführen. Da rapide Sinken des Geldwertes in den letzten sechs Monaten bewirkte aber auch, daß niemand mehr sein Geld in dieser Art fest verzinslicher Papiere anlegen will, weil mit dem Sinken des Geldwertes auch sein Vermögen an Wert verliert und der Zins, den er für sein Geld erhält, eine immer geringere Kaufkraft aufweist.

In der Leitung des Badenwerks, im **Arbeits- und Finanzministerium**, war man deshalb vor die Frage gestellt, entweder die für Baden notwendigen und vom kaufmännischen Standpunkt aus betrachtet rentablen Unternehmungen unausgeführt zu lassen oder auf eine andere Art Geld zu beschaffen. Nach reiflicher Überlegung hat man von dem Versuch, im **Ausland** eine Anleihe aufzunehmen und auch von einer sogenannten **Goldanleihe Abstand** genommen. Daß man aber zu der Form eines **wertbeständigen** Papiers kommen müsse, stand seit einiger Zeit fest. Es konnte sich nur darum handeln, **welcher Wertfaktor** dem **Papier zugrunde** gelegt werden soll. Nicht willkürlich oder zufällig hat man zur **Kohle** gegriffen. Die Kohle wurde deshalb genommen, weil der **Kohlenpreis** ein **bestimmender Faktor der Preisbildung vieler Wirtschaftsgegenstände** ist, und weil jeder Inhaber eines Papiers leicht in der Lage ist, den Kohlenpreis zu kontrollieren. **Mit der Ausgabe eines solchen Papiers sind Spekulationsgewinne oder Verluste für den Ausgeber der Anleihe und für die Zeichner der Anleihe ausgeschlossen.** Der **Geldbetrag**, den die **Zeichner** der Anleihe bei der Zinszahlung oder bei **der Rückzahlung** des Kapitals erhalten, **richtet sich eben nach dem Kohlenpreis**, und wird damit der Zins und das zurückbezahlte Kapital immer **die Kaufkraft haben**, die es bei **der Einzahlung** hatte, was durch folgendes Beispiel klar wird:

Nehmen wir an, bei der **Zeichnung** haben wir einen **Kohlenpreis von 30 000 M. pro Tonne**, dann muß jemand, der für **1000 Kilo Kohle** zeichnet, die Summe von **30 000 M.** bezahlen; bei 5prozentiger Verzinsung beträgt sein Zins den Wert von 50 Kilo Kohle. Wenn der durchschnittliche **Kohlenpreis** im **nächsten** Jahr von 30 000 auf **40 000 M. steigt**, dann beträgt des Zins 50 × 40 M. = 2000 M. Wenn bei der **Rückzahlung des Kapitals** die Tonne Kohle von **30 000 M. auf 50 000 M. gestiegen** ist, so **erhält** der **Zeichner** eben **50 000 M.** zurück. Sollte der Geldwert wesentlich steigen, so sind die Zeichner der Anleihe vor einem wirklichen Verlust dadurch geschützt, daß der Summe, **die sie zurückbezahlt** erhalten, auch eine höhere Kaufkraft innewohnt. Die Zeichner der Kohlenanleihe sind aber auch gegen jeden Schaden geschützt, der anderen Gläubigern durch einen gesetzlichen Eingriff in unsere Währungsverhältnisse entstehen kann.

Die Ausgabe dieser Anleihe kann **volkswirtschaftlich große Wirkungen** ausüben. Bei dem rapiden Sinken unseres Geldwerts war es ganz **unwirtschaftlich**, **Geld** auf der **Sparkasse** anzulegen. Wenn z. B. jemand einen Anzug brauchte und sich von seinem Monatsgehalt 10 000 M. zurücklegte in einem Zeitpunkt, wo ein Anzug 30 000 M. kostete, so konnte er diesen Anzug nie erhalten, auch wenn er jeden Monat weitere 10 000 Mark dazu legt, weil bis zum Abschluß des nächsten Monats der Geldwert weiter gesunken bezw. der Preis für den Anzug weiter gestiegen war. Wenn er sich aber in Zukunft von seinem Geld, das er zurücklegen will, ein **wertbeständiges Papier** des **Badenwerks kauft, so wird mit dem Steigen aller Preise** — auch der Kohlenpreis — **der Wert seines Papiers gestiegen sein**, und er wird z. B. immer in der Lage sein, wenn er Obligationen im Wert von 2000 Kilo Kohle besitzt, sich dafür einen Anzug zu kaufen.

Gegenwärtig denken sehr viele Familien mit großer Sorge an die Zukunft ihrer Kinder, weil sie keine Möglichkeit sehen, ihren Kindern einmal einen Hausstand gründen zu können. In Familien, wo mehrere Personen verdienen, bestünde wohl die Möglichkeit, aus dem Erträgnis des gesamten Familieneinkommens hin und wieder ein Stück Möbel oder irgend etwas anderes für die zukünftige Haushaltseinrichtung ihrer Kinder zu kaufen. Bringt man das Geld zur Sparkasse oder kauft sich dafür irgend ein fest verzinsliches Papier, so erhält man wohl etwas Zins, aber **das Geld selber verliert jeden Tag an seiner Kaufkraft**, und die Leute haben das Gefühl, daß sie von der Möglichkeit, ihren Kindern etwas Nennenswertes kaufen zu können, sich immer weiter entfernen. **Anders**, wenn sie von der **wertbeständigen Kohlenanleihe des Badenwerks** sich etwas kaufen. Damit sind die Familien gegen die **Wertverminderung ihres Arbeitsverdienstes und gegen Zinsverlust geschützt.** Es kann also damit gerechnet werden, daß der Sparbetrieb im Volk einen neuen Antrieb erhält. **Es ist jetzt mindestens die Möglichkeit gegeben, sein Geld so anzulegen, daß man vor Verlust gesichert ist.**

Auch die vorsichtigen Leute, die in der letzten Zeit ihre **Ersparnisse in Devisen** anlegten und gerade in den letzten Tagen doch wieder die Erfahrung machen mußten, daß die Devisenspekulation für „Sparer" eine gefährliche Sache ist, haben Gelegenheit, ihr Geld jetzt wieder im **Inland** zu ihrem **eigenen** Nutzen und zum Nutzen unserer Volkswirtschaft anzulegen. Ebenso können jetzt diejenigen, die ihr Geld ins Ausland gebracht haben, dieses wieder zurückholen.

Man darf in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, daß damit auch der **Anfang** gemacht wird, wieder **Ehrlichkeit in unsere Wirtschaft hineinzubringen.** In den letzten Jahren waren die **Riesengewinne**, die besonders in der **Industrie** erzielt wurden, zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß die **Industrien** mit **fremden Geld** arbeiteten. Der Industrielle hat sich mit dem guten Geld, das er von seinen **Darlehensgebern** direkt oder indirekt auf dem Wege über die Bank erhielt, **Sachwerte** geschaffen. **Die Geldgeber wurden durch die Geldentwertung um den größten Teil ihres Vermögens gebracht, während die Industriellen dabei immer reicher wurden.** Das Badenwerk sieht davon ab, seine Gläubiger auf diesem Wege weiterhin zu enteignen. Das Auflegen der Badenwerksanleihe wird zur Folge haben, daß auch andere Wirtschaftsunternehmungen diesen Weg betreten müssen, und damit wird der **Ausplünderung der Sparer ein Ziel gesetzt.**

Es bleibt nur der Wunsch, daß die **Zeichnung** einen solchen **Erfolg** hat, daß die **Badenwerksleitung in den Stand gesetzt wird, ihr Bauprogramm durchzuführen.** Um den **zweiten Ausbau des Murgwerks** und den **Ausbau der Leitungen** zu bewerkstelligen, sind allein schon nach dem heutigen Geldwert **etwa 30 Milliarden Mark** erforderlich, auf Kohle umgelegt ist das etwas mehr als **eine Milliarde Tonnen Kohle**, oder auf den **Friedensbetrag** gebracht die runde Summe von **30 Millionen Goldmark.** Diese Zahlen zeigen, daß auch der Staat sich bei seiner wirtschaftlichen Unternehmung nicht durch die großen Zahlen schrecken lassen darf. **Die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens ist durch diese großen Zahlen keineswegs in Frage gestellt.** Es bleibt die Tatsache bestehen, daß die **Baukosten**, auf die Kilowattstunde umgerechnet, am **Oberrhein** und im **Schwarzwald** nur **einen Bruchteil** dessen betragen, was an **anderen** Orten bei der **Nutzbarmachung von Wasserkräften** oder bei der Gewinnung von Energie für Kohle aufgewendet werden muß und wird **Baden** deshalb immer **billige Energie** haben.

Was dem Badenwerk den Erfolg bei dem Auflegen der ersten Obligationsanleihe brachte, und was ihm auch dieses Mal den Erfolg sichern wird, ist der Umstand, daß das **Badenwerk schon im Besitz eines großen und eines kleinen Kraftwerkes** ist, daß es in **Mittelbaden**, im **Hinterland** und in der **Seegegend** über ein **weit ausgefaltes Leitungsnetz** verfügt und damit **Sachwerte** besitzt, die — im heutigen Geldwert ausgedrückt — den **Wert von vielen Milliarden** ausmachen. Schon die jetzt bestehenden Kraftwerke erzeugen eine Energiemenge, die ausreicht, um das für den zweiten Ausbau des Murgwerks und der Leitungen erforderliche Kapital zu verzinsen und zu tilgen; **wenn der zweite Teil des Murgwerks fertiggestellt ist, dann verfügt das Badenwerk über eine Energiemenge, dessen Erträgnis ihm auch schon die Verzinsung und Tilgung des nächsten Projektes, des Schluchsees, garantiert, so daß damit der Anleihe die größte Sicherheit gegeben ist.**

Möge es gelingen, die großen Projekte zum Segen der badischen und auch der außerbadischen Bevölkerung und zur Förderung unser wirtschaftlichen Entwicklung fertigzustellen."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Politische Neuigkeiten.

Amerikanische Anleihe im Frühjahr?

Die nach dem anfänglichen übertriebenen Optimismus in England eingetretene **pessimistische** Auffassung von der Möglichkeit einer amerikanischen Anleihe geht nach Ansicht verschiedener Blätter, besonders des „Daily Telegraph" und des „Manchester Guardian", **zu weit.** Vor allem ergibt sich, daß **Harvey tatsächlich** im Anschluß an die Londoner Konferenz der amerikanische Botschafter von der Bundesregierung **nach Washington beordert** worden ist, was gestern noch in Abrede gestellt wurde. Der „Daily Telegraph" schreibt das erhöhte nordamerikanische Interesse der Erkenntnis des deutschen Verfalls und dem Bedürfnis vornehmlich der **Farmer** nach verstärktem Handel mit Europa zu. Die amerikanischen Voraussetzungen für eine Anleihegewährung seien im übrigen **unverändert** und vor dem Frühjahr käme eine solche keinesfalls in Betracht.

Der **Newyorker Korrespondent des** „Daily Telegraph" berichtet, Staatssekretär **Hughes** habe die Lage in Washington bezüglich Europas richtig charakterisiert, als er gesagt habe, daß die Washingtoner Regierung erst **am Beginn langer und heikler Verhandlungen** stehe. Die Telegramme aus Paris, Berlin und London zeigten, daß zu hastige Schlüsse bezüglich der finanziellen Probleme gezogen worden seien.

*

Der „New. Herald" erfährt aus Washington, daß zwischen den **Vereinigten Staaten** und **Frankreich** inoffizielle Verhandlungen in der Reparationsfrage im Gange seien. Die Vereinigten Staaten hoffen Frankreichs Zustimmung zur Bildung einer Finanzkommission zu finden, in der die durch den Versailler Vertrag nicht gebundenen Länder vertreten wären und die Deutschlands Reparationsfähigkeit bestimmen sollten. Diese Tatsache bleibe übrig von den Gerüchten über eine Anleihe für Deutschland. Frankreich habe die inoffizielle Frage gestellt, welche Sicherheiten gegebenenfalls über die zurzeit bestehenden hinaus vorhanden seien, daß Deutschland bezahlen würde, wenn die Komission einen gemäßigten und erträglicheren Reparationsbetrag festsetze. Das Blatt erklärt, daß Einzelheiten der französisch-amerikanischen Verhandlungen jetzt noch nicht mitgeteilt werden könnten. Die Vereinigten Staaten hätten aber versichert, sie könnten aus traditionellen Gründen keiner Gewaltanwendung zur Erzwingung von Zahlungen zustimmen. Das Blatt bestätigt, daß Morgan und Root wegen des Eintritts in die geplante Kommission sondiert worden seien. Der anfänglich genannte Anleihebetrag von 1½ Milliarden Dollars stellt nur den Ausgangspunkt der Diskussion dar. Auf alle Fälle wolle Amerika Geld nur gegen ausgezeichnete Sicherheiten geben.

Lausanne.

Über die gestrige Sitzung der ersten Kommission in **Lausanne** wird folgendes mitgeteilt: **Curzon** bezeichnete das **russische Gegenprojekt als unannehmbar** für die Alliierten. Hinsichtlich der anderen Projekte seien die Alliierten zu einigen **letzten** Zugeständnissen bereit. **Ismet Pascha** betonte nochmals, daß eine **Einmischung der Meerengenkommission** in die türkischen Angelegenheiten **unannehmbar** sei; andererseits seien die alliierten Zugeständnisse nicht ausreichend. Der Garantieausschuß des Völkerbundes müsse durch eine andere Organisation ersetzt werden. Ismet Pascha verwies auf die Lösung der Aalandsfrage durch den Völkerbund; er wünsche ein mehr individuelles System. Dieses System müsse in Form eines Abkommens von allen Signatarmächten des Vertrages unterzeichnet werden. Schließlich forderte er, daß außer Rußland auch **Georgien** und die **Ukraine** als Uferstaaten des Schwarzen Meeres an der Kommission teilzunehmen hätten, während Griechenland doch nicht hineingehöre. **Tschitscherin** bedauerte, daß die Alliierten das russische Projekt nicht gründlich geprüft hätten, und forderte nochmals, daß **Deutschland in der internationalen Kommission vertreten sein soll,** da es bedeutende **Interessen am Schwarzen Meere** habe. Die Vertreter der Kleinen Entente sprachen sich naturgemäß für das Projekt der Alliierten aus und Lord Curzon beraumte die nächste Sitzung für heute nachmittag an, nachdem er eine Beschleunigung der Arbeiten empfohlen und vorgeschlagen hatte, daß für die Meerengenfrage nur noch eine Kommissionssitzung stattfinden solle.

Die **ägyptische Delegation** hat der Konferenz einen Bericht über die ägyptische Frage zugehen lassen, in welchem sie nochmals um **Zulassung** zur Konferenz zwecks Geltendmachung der ägyptischen Ansprüche ersucht. Die in diesem Bericht aufgestellten Forderungen sind: 1. Anerkennung der vollständigen **Unabhängigkeit des Niltales,** 2. **Räumung des Niltales** durch **die britischen** Truppen, 3. Aufrechterhaltung der wirklichen **Neutralität des Suezkanals** und Überwachung dieser Neutralität durch Ägypten.

Die Bereitschaft der deutschen Industrie.

Die Erklärungen der deutschen Industrie haben in Verbindung mit der Meldung mehrerer Pariser Blätter, die deutsche **Regierung** sei bereit, als **Garantie** für die aufzulegende Anleihe die deutschen Zolleinnahmen sowie die Erträgnisse gewisser Staatsmonopole zur Verfügung zu stellen, in allen Kreisen, denen die militärische oder wirtschaftliche Besitzergreifung des **Ruhrgebietes** nicht Selbstzweck ist, einen günstigen Eindruck hervorgerufen. Die **„Information"** beispielsweise schreibt dazu: „Wenn von Deutschland ein solches Angebot tatsächlich in konkreter Form und innerhalb des Rahmens des **Versailler Vertrages** gemacht werden sollte, so stehen wir nicht an zu erklären, daß es die Lösung des Reparationsproblems **selbst** enthielte; sicher nicht für den gegenwärtigen Augenblick, da infolge des Zusammenbruchs der Mark alle Werte in Deutschland vernichtet sind, wohl aber für später, sobald Deutschland auf Grund eines ihm bewilligten **Moratoriums** in der Lage sein wird, nach und nach seine Papiergeldausgabe herabzuschrauben, sobald die interalliierten Schulden auf eine der **Wirklichkeit** echnung tragende Summe herabgesetzt sein werden und daß Deutsche Reich, dem der Ausgleich seines Budgets dann kaum mehr Schwierigkeiten bereiten wird, wieder über genügend Kredit verfügt, um **Anleihen** aufzunehmen und Verpflichtungen, die im Einklang mit seinem wirklichen Leistungsvermögen stehen, zu **erfüllen.** Sicherlich werden bis dahin noch manche Kämpfe, Schwierigkeiten und Zwischenfälle zu bestehen sein, aber man hätte dann den Faden in der Hand, der durch die Wirrsale des Labyrinths zum Licht führen würde."

Zum Rücktritt des hessischen Finanzministers Henrich

schreibt die **„Darmstädter Zeitung"**, das amtliche Organ der Hessischen Landesregierung:

„Dieser Schritt steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der am Samstag zu Ende gegangenen **Tagung des Landtags.** Wie bekannt, behandelte man in den fünf Tagen meist Fragen von politisch geringer Bedeutung, und es gab nur ein paar **kleine** parteipolitische Auseinandersetzungen mit den Kommunisten, die sich bei jedem Verhandlungsgegenstand mit Anträgen und Reden in den Vordergrund zu drängen suchten. Dies Bild änderte sich am Freitag. Eine Vorlage des Finanzministers, 40 Millionen für den Ausbau der **Konzerthausbühne in Bad-Nauheim** zu bewilligen, stieß außer bei den Deutschnationalen und dem Bauernbund, die hierin ein Entgegenkommen gegen Polen und Russen sehen wollten, auch bei dem Zentrum auf Widerstand, so daß die Forderung in **erster** Lesung **abgelehnt** wurde. Bis Samstag gelang es zwar, eine Mehrheit für die zweite, abgeänderte Lesung, die nur 16 Millionen forderte, zu gewinnen, aber das Finanzministerium erlitt auch bei der Vorlage, die **Fahrradsteuer,** die bisher 15 Millionen eingebracht hatte, der Geldentwertung entsprechend zunächst auf 40 Millionen Einnahme zu steigern, eine Niederlage. Obwohl nur Einkommen von 500 000 Mark pro Jahr an von dieser Steuer betroffen werden sollen, stimmten Sozialdemokraten, Deutschnationale und Bauernbund für einen kommunistischen Antrag, der die Fahrradsteuer überhaupt aufheben will. Aus dieser Situation zog noch am gleichen Tage Finanzminister Henrich für seine Person die bekannte Konsequenz."

Kurze polit. Nachrichten.

* **Botschafter Wiedfeldt bei Morgan.** Aus New-York wird gemeldet: Die **Morgangesellschaft** veröffentlicht folgende Erklärung: Der deutsche Botschafter **Wiedfeldt** besuchte am Samstag Morgan, um sich zu erkundigen, ob es möglich sei, zu versuchen, zur Flottmachung einer großen sogenannten internationalen **Anleihe für Deutschland** beizutragen. In seiner Antwort wies Morgan auf die Schilderungen des Bankierausschusses letzten Juni hin und sagte im wesentlichen dem Botschafter: Unsere Lage ist genau dieselbe wie damals. Wenn wir auch die Wünsche des Botschafters, der allgemeinen Lage zu dienen, würdigen, sind nichtsdestoweniger die Verhältnisse offenbar derartig, daß es für uns **nicht** möglich ist, eine Anleihe für Deutschland zu erörtern oder in Erwägung zu ziehen, **bevor** nicht die **Reparationsfrage** geregelt ist.

* **Eine Vermittlungskommission in der Reparationsfrage.** Nach „Daily Skeich" soll **Amerika** an Frankreich einen inoffiziellen Vorschlag zur Bildung einer **neutralen internationalen Kommission** gemacht haben, die in der Reparationsfrage als **Vermittlerin** dienen solle.

* **Unzulässigkeit des Wiederbeschaffungspreises.** Das Reichsgericht hat gestern entschieden, daß der **Wiederbeschaffungspreis** nicht gefordert werden darf, daß jedoch die Preissteuerung bei den **Einstandspreisen** voll zur Anrechnung gebracht werden dürfe.

* **Hinrichtungen in Irland.** Amtliche Dubliner Meldungen besagen, daß gestern 7 Männer hingerichtet wurden, weil sie sich im Besitz von Waffen befunden haben.

Badische Übersicht.

Badischer Landtag.

Auf der **Tagesordnung** der heutigen 8. Sitzung, nachmittags 4 Uhr, stehen Anzeigen neuer Eingänge. Sodann

Mündliche Berichte des **Haushaltsausschusses** und Beratung über die Gesetzentwürfe über die **Neckarkanalisierung,** die Bestellung von **Reallasten** durch das **Badenwerk.** Die Vorlagen des **Staatsministeriums** über die **Schiffbarmachung des Rheins** von Basel bis zum Bodensee, hier den 1. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für 1922/23 betr., den Staatsbeitrag zu den Kosten der **Erzbischöfl. Kanzlei** in **Freiburg.**

Mündliche Berichte des **Ausschusses für Gesuche und Beschwerden** und Beratung über die Gesuche der **Gemeinden** Norsingen, Kirchhofen, Ehrenstetten, Offnadingen und Scherzingen, die Haltestelle auf Blockstation Norsingen betr., des Betriebsassistenten a. D. A. **Kunzweiler** in Freiburg, die Regelung seines Ruhegehaltes, eventuell seine Wiederbeschäftigung im Dienste betr., des G. **Jooß,** Steuereinnehmer a. D. in Sekkenheim, um Einstufung in eine höhere Besoldungsgruppe, des Oberrechnungsrats a. D. W. **Kohler** in Karlsruhe, den Ruhegehalt betr., des Schutzmanns a. D. A. **Schmitt** in Heidelberg um Prüfung seiner wirtschaftlichen Lage und Eingruppierung in Besoldungsgruppe V, des Bürodieners a. D. B. **Leppert** in Überlingen um Rechtshilfe und Erhöhung des Ruhegehalts, des Zoll-Oberwachtmeisters **Kaiser** in Pforzheim um Einreihung in Gruppe V der Besoldungsordnung, des K. **Haas,** Karlsruhe, im Namen von Gartenpächtern, die Verpachtung von Kleingärten an der Blücher- und Dragonerstraße betr., des Gemeinderats Schrießheim, Einrichtung einer **Verkehrsverbindung** zwischen **Mannheim und Schrießheim,** hier Unterstützung durch Land und Reich betr., der bad. Zahnärztekammer und Gegengesuch des Verbands bad. Dentisten, die **Dentistenprüfung** betr., das H. **Heitzler** in Freiburg i. B. um Aufnahme als Verwaltungsanwärter, des E. **Hisam,** Lörrach, um Rechtshilfe, des Jos. **Mellert,** Karlsruhe, Teuerung der Nahrungsmittel betr., der L. **Lieber** geb. Steinbach, Karlsruhe, Nachzahlung des Ortszuschlags betr., einer Anzahl **Viehbesitzer** und Kleintierhalter in Grötzingen um gnadenweisen Erlaß ihrer Strafen wegen Forstdiebstahls, des Fregattenkapitäns a. D. **Lietzmann** in Überlingen um Rechtshilfe, des K. **Klemm-Mannheim,** Umwandlung einer Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe betr., des Telegraphensekretärs F. **Stegmüller** in Karlsruhe, die Oberrealschule in Karlsruhe betr., des Chr. **Rieser** in Menzingen, Baudarlehen betr., der Gemeinderäte Murg, Niederhof, Oberhof, Hänner, Hottingen, den staatl. **Kraftwagenbetrieb Murg—Herrischried,** hier die Aufnahme des **Kreisweges** Murg—Niederhof, Oberhof—Hänner—Hottingen als **Landstraße,** der L. **Rechinger We.,** Konstanz, Unterstützung betr.

Begründung und Beantwortung der **Förmlichen Anfragen** der Abgeordneten Dr. **Glockner** u. Gen., die Wirkung der **Geldentwertung** auf die freien Berufe betr., **Richter** u. Gen., die **Notlage des Mittelstands** betr., und damit in Verbindung Beratung des Antrags der Abg. **Bock** und Gen., **Teuerungsmaßnahmen** betr.

Zum Tode Dr. Johann Zehnters.

Der „Bad. Beobachter" widmete in Nr. 291 dem Verstorbenen, der als einer der bedeutendsten **Juristen** wie als **Politiker** unseres Landes eine gleich große Rolle gespielt hat, einen längeren Nachruf, dem wir folgende Stellen entnehmen:

„Der Tod hält weiterhin Ernte unter den hervorragenden Persönlichkeiten des **Zentrums.** Nachdem in den vergangenen Jahren kurz nach einander Führer wie Gröber, Trimborn, Burlage, Erzberger dahingerafft wurden, ist jetzt auch Oberlandesgerichtspräsident Dr. Johann Anton **Zehnter** dahingegangen. Zwar hat er nicht, wie jene, in der vordersten Reihe der Männer gestanden, denen die **formelle** Führung der Zentrumspartei anvertraut war, aber er gehörte in bezug auf Wissen und dessen praktische Verwertung für Volk und Vaterland, in bezug auf Tüchtigkeit in der parlamentarischen Arbeit als Redner wie als Berater in den Kommissionen zu den erstklassigen Parlamentariern, deren Scheiden eine zunächst nicht ausfüllbare Lücke hinterläßt.

In **Rechtsfragen** und **Wirtschaftsfragen** galt Zehnter als **Autorität,** deren Urteil in allen parlamentarischen Kreisen, wie bei der Regierung, stets Beachtung fand. Bei Beratung des badischen Wassergesetzes wahrte er durch seine souveräne Beherrschung der Frage das Interesse des badischen Volkes. Die deutsche **Landwirtschaft,** insbesondere die badische, hatte nie einen besseren, aber auch tüchtigeren und großzügigeren Freund im Parlament, als den Abgeordneten Zehnter. Wie er einst bald zu Beginn des Weltkrieges auf den Feldern um Karlsruhe einem pflügenden Landwirt den Pflug aus der Hand nahm, um eine **kunstgerechte** Furche zu ziehen, so hat er im parlamentarischen Leben den Pflug nie aus der Hand gegeben und die Landwirtschaft parlamentarisch besser vertreten, als selbst praktische Landwirte dazu imstande gewesen wären. Dabei lag im nichts ferner, als einseitige Interessenpolitik. Er vertrat als kluger Mann und echter Vaterlandsfreund, ganz im Geiste der Zentrumspolitik, die Interessen der Bauernschaft unter Einordnung in das Wohl der Gesamtheit; denn nur so können Standesinteressen mit Aussicht auf dauernden Erfolg im Reich und Land vertreten werden. Gerade die Landwirtschaft hat an Zehnter viel verloren.

Daß ein Mann von der Art Zehnters keine Freude an der Kulturkämpferei haben konnte, ist klar. Wenn er sich dann und wann im badischen Landtag mit Kulturkämpfern herumschlagen mußte, so klang aus seinen Reden immer ein Bedauern über die unnütze Zeitvergeudung heraus, wo so viele andere Fragen der Lösung harrten. Dieses Bedauern tat aber der Grundsätzlichkeit und der Treffsicherheit, mit der er den Kampf aufnahm und durchführte, keinen Eintrag. Und mit stolzer Freude erinnert sich noch mancher Zentrumsmann, der in der Zeit des Großblocks das Rondell besuchte, der klaren, durch ihre Sachlichkeit imponierenden Reden des Abg. Zehnter. Zehnter war Mitglied des Fraktionsvorstandes der Zentrumsfraktion. – 1905 und 1906 war er 1. Vizepräsident, 1917 auf 1918 fungierte er als Präsident der 2. badischen Kammer.

Auch die **Presse verliert** an ihm viel. Auch da galt seine Mitarbeit fast durchweg der Erörterung **wirtschaftspolitischer Fragen.** Wie er in seinen Reden verstand, schwierige Fragen ungemein klar und streng logisch dazulegen, so waren auch seine Artikel Muster von klarer Sachlichkeit. Und wenn er in seinen Reden, auch den größten und infolge ihres Gegenstandes noch so komplizierten, kein Manuskript anfertigte, sie vielmehr frei hielt, so verwendete er um so größere Sorgfalt auf das Manuskript seiner Aufsätze, die er auch meist selbst korrigierte, da ihm daran lag, bei der Korrektur noch manches einfügen zu können, was die Darlegung noch klarer machte.

Der nunmehr Verstorbene war eine ausgesprochene **Individualität.** Als Junggeselle, der er blieb, liebte er in seiner Häuslichkeit eine fast primitive Einfachheit. **Bücher** und **Reisen** waren seine Liebhaberei, im übrigen war er anspruchslos. Seine religiösen Pflichten als Katholik erfüllte er mit dem Ernst der Überzeugung, ohne viel Aufhebens davon zu machen. In Gesellschaft wußte er aus seiner reichen Erfahrung, wie aus seinem großen Wissen so manches Heitere und Ernste mitzuteilen und ging auch je nachdem gern auf einen Scherz ein. Nicht immer war er leicht zu behandeln, und der Zehntersche **Eigensinn** — nach Alban Stolz ist Eigensinn ein Zeichen von Charakterstärke — war bei allen Parlamentariern bekannt. Er wollte überzeugt sein. In den letzten Jahren, insbesondere seit einer schweren **Halsoperation,** die er durchgemacht hatte, ließ seine sonst gute Gesundheit etwas nach. Zuletzt schwächten erst leichtere, dann schwerere **Schlaganfälle** die Gesundheit und gefährdeten schließlich das Leben. Noch vor kurzer Zeit ließ er sich trotzdem noch im Landtag blicken. Jetzt hat ein letzter schwerer Anfall dem Leben des reichbegabten Mannes von **universaler Bildung** ein Ende gemacht. Seine Parteifreunde stehen trauernd an der Bahre, die uns so viel wegnimmt, Volk und Vaterland aber haben an dem Verstorbenen einen ausgezeichneten Mann verloren, der seine ganz hervorragende Begabung stets selbstlos für sie einsetzte."

*

Anläßlich des Hinscheidens Dr. **Zehnters** schreibt der **Karlsruher „Volksfreund"** u. a. folgendes:

„Was ihn auszeichnete, war sein großer **Fleiß** und seine hervorragende **Geschicklichkeit** in der Gestaltung der den Parlamenten vorliegenden **Gesetze.** Man betraute ihn deshalb sowohl in Berlin, wie in Karlsruhe sehr häufig mit der Berichterstattung über die verschiedenen Gesetzesmaterien. Er war dabei nicht nur Berichterstatter im parlamentstechnischen Sinne, sondern schöpfte aus dem eigenen und aus seiner reichen Erfahrung als **Gesetzesmacher.** Arbeitete man mit ihm in Kommissionen zusammen, dann staunte man über seine Vielseitigkeit und über seine Einstellung lediglich auf die **Tatsachen.** Dr. Zehnter war nicht das, was man einen großen Redner, einen glänzenden und blendenden Rhethoriker nennt; was ihm Gehör in den Parlamenten verschaffte, war die große Sachkenntnis und die logische juristische Behandlung, die er jedem Gesetzentwurf angedeihen ließ. In der badischen Nationalversammlung hat er die nicht leichte Berichterstattung über die neue Verfassung übernommen und auch im späteren Landtag sowohl im Haushaltsausschuß, wie im Rechtspflegeausschuß hervorragend an den gesetzgeberischen Problemen mitgearbeitet. Dabei ging er manchmal seine eigene Wege und stimmte sowohl in den Ausschüssen, wie im Plenum anders, wie die Mehrheit der Zentrumsfraktion.

Zur **Sozialdemokratie** stand er sachlich in scharfer Gegnerschaft; nicht daß er persönlich gehässig gegen uns vorgegangen wäre, auch als Richter nicht zur Zeit des Sozialistengesetzes. Aber er war politisch und parlamentarisch eingestellt auf die Interessen der **Landwirtschaft.** Sie hatte in ihm tatsächlich einen geschickten und erfolgreichen Förderer. Die industrielle Entwicklung jedoch und die wirtschaftliche Stellung der Arbeiterschaft zur Industrie und ihre politische Haltung im Staate begriff er nicht und fand sich auch nicht mit ihr ab. Es kam zwischen ihm und uns fast jedesmal zu scharfen Auseinandersetzungen in den Ausschüssen des badischen Landtages, wenn das Thema: Landwirtschaft und Arbeiterschaft erörtert wurde. Dabei las er viel über soziale Fragen und war ein Kenner der sozialistischen Literatur.

*

Die **Mannheimer „Volksstimme"** schreibt zum Tode Dr. Zehnters:

„Mit Dr. **Zehnter** ist einer der hervorragendsten Führer der Zentrumspartei, der zwei Jahrzehnte hindurch im badischen Landtag mit an erster Stelle stand, aus dem Leben geschieden. Neben Theodor **Wacker** führte er das badische Zentrum in der Zeit seiner politischen Erstarkung von Erfolg zu Erfolg. Aber während jener der ausgesprochene Agitator und Wahlstratege war, bewegte sich Dr. Zehnters Tätigkeit in der Hauptsache auf dem Gebiete der sachlichen parlamentarischen Arbeit. Seine praktischen Kenntnisse und Erfahrungen als Jurist und Staatsbeamter verliehen ihm dabei ein beträchtliches Gewicht, und seine offenkundige Abneigung gegen die leidenschaftliche Im-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg